

## 2 Expertendilemma

*Sandra Wassermann*

### Zusammenfassung

Der Artikel untersucht die Ursprünge, Hintergründe und Konsequenzen widersprüchlicher Expertenmeinungen. Er zeigt auf, dass es sich hierbei um typische Phänomene moderner, arbeitsteilig organisierter Gesellschaften handelt. Dadurch wird die Relevanz und Bedeutung der im weiteren Verlauf des Buches vorgestellten und diskutierten Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung besonders offensichtlich. Der Artikel endet mit einer knappen Schilderung dreier aktueller Themen (Klimawandel, Energieszenarien und den Risiken bei der unterirdischen Speicherung von CO<sub>2</sub>), die von Expertendilemmata geprägt waren bzw. noch sind und zeigt auf, welche weitreichenden Konsequenzen Expertenurteile und Expertendilemmata für Politik und Gesellschaft haben können. Dabei wird auch dargestellt, dass die Einbindung von Experten in sozialwissenschaftliche Forschungen aber auch bei politischen oder gesellschaftlichen Entscheidungen grundsätzlich hilfreich ist, selbst wenn dadurch kein Konsens herbeigeführt werden kann.

### 2.1 Einleitung

Dieser Artikel greift eine Debatte über die Rolle von Experten und Expertenurteilen bei politischen Entscheidungen und v. a. dem Umgang mit widersprüchlichen Expertenmeinungen auf. Die Debatte entstand in den 1990er Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit der Disziplin der Technikfolgenabschätzung und stellt heute noch eine wichtige Herausforderung dar. Die Frage, wie Expertenmeinungen abzufragen sind, wie mit Expertenurteilen umzugehen ist, wie widersprüchliche Expertenmeinungen transparent diskutiert und bewertet werden, ist immer noch aktuell und war daher auch eine zentrale Motivation für dieses Buchprojekt. Der vorliegende Artikel zum Expertendilemma gliedert sich wie folgt: Nach einer kurzen Einführung und Auseinandersetzung mit dem Begriff und der gesellschaftlichen Funktion von Experten, insbesondere von wissenschaftlichen Experten, wird ein kurzer Rückblick auf die Debatte zum Expertendilemma, wie sie in den 1990er Jahren im Zusammenhang mit der Technik-

folgenabschätzung geführt wurde, gegeben. Das Kapitel schließt mit einigen aktuellen Beispielen divergierender Expertenmeinungen und den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen und Problemen.

## 2.2 Experten

In einer stark ausdifferenzierten und arbeitsteilig organisierten Gesellschaft mit den verschiedenen gesellschaftlichen Subsystemen, dort ansässigen Organisationen, die sich wiederum in funktional sehr unterschiedliche Abteilungen und Arbeitsgruppen unterteilen, existiert kein einheitlicher Erfahrungsraum, den alle Gesellschaftsmitglieder teilen, sondern vielmehr sind vielfältige Realitätsausschnitte davon geprägt, dass dort exklusives Experten- bzw. „Sonderwissen“ (Sprondel 1979, S. 141ff.) existiert. Nach dem Wissenssoziologen Schütz können drei grundsätzliche Idealtypen von Wissen unterschieden werden: der Mann auf der Straße, der „gut informierte Bürger“ (Schütz 1972) und der Experte. Experten verfügen für bestimmte Wissensgebiete und einzelne Realitätsausschnitte über ein detailliertes und spezialisiertes Sonderwissen, das sie als Experten auszeichnet. Die Expertenrolle wird jedoch immer nur auf einen bestimmten Realitätsausschnitt beschränkt zugewiesen, in anderen Bereichen sind dieselben Personen Laien. Sonderwissen ist allerdings nicht grundsätzlich jedes Spezialwissen, sondern üblicherweise wird einem institutionalistischen Verständnis gefolgt, demnach Sonderwissen entweder an eine Berufsrolle (wie bei Sprondel 1979) oder noch allgemeiner gefasst „... an einen spezifischen Funktionskontext gebunden“ (Meuser und Nagel 2009, S. 468) ist. Expertenwissen ist also immer an die Funktion, die eine Person ausübt gekoppelt, die privaten Meinungen eines Experten werden nicht als Expertenwissen gewertet und auch nicht explizit erhoben. Die Erhebung von Expertenwissen kann entweder darauf abzielen, implizites „Betriebswissen“ oder explizites „Kontextwissen“ (Meuser und Nagel 2009, S. 470) zu erhalten. Im ersten Fall soll die Meinung eines Experten „... zu seinem eigenen Handeln und dessen institutionellen Maximen und Regeln ...“ (Meuser und Nagel 2009, S. 479) eingeholt werden. In letzterem Fall soll der Experte über einen Kontext urteilen, in dem er selbst nicht persönlich agiert, sondern den er aus der externen Beobachterperspektive kennt.

## 2.3 Explizites Wissen und die Rolle wissenschaftlicher Gutachten

In diesem Abschnitt steht nun das explizite Kontextwissen von Experten im Vordergrund, das im Folgenden noch weiter eingegrenzt werden soll als wissen-

schaftliches Expertenwissen, das im gesellschaftlichen Teilsystem Wissenschaft produziert wird. Die These, dass sich dieses Wissenschaftssystem von anderen gesellschaftlichen Systemen wie der Politik und der Wirtschaft unterscheidet, wurde u. a. von systemtheoretischen Konzepten ausgearbeitet. Demzufolge gilt im Wissenschaftssystem der binäre Code wahr/unwahr, der das Funktionieren und Kommunizieren in der Wissenschaft leitet und prägt (Luhmann 1992, S. 174, 546). Wenn nach Mohr ein Experte eine Person ist, die „... sich auf einem bestimmten Fachgebiet durch Erfahrung und Leistung ausgewiesen hat und wenn diese Kompetenz von renommierten Fachkollegen auch international bestätigt und kontrolliert wird“ (Mohr 1997, S. 342f.), impliziert dies auch, dass die Entstehung und Kommunikation von explizitem Expertenwissen innerhalb des Wissenschaftssystems und mittels des dort geltenden binären Codes erfolgt. Ein anderes Verständnis hat die ökonometrische Innovationsforschung formuliert. Sie hat vorgeschlagen, explizites Wissen z. B. über die Anzahl von Publikationen und Patenten zu operationalisieren und entsprechen messen zu können (OECD und Eurostat 2005, S. 22; OECD 2005). Demnach zeichnen sich wissenschaftliche Experten und ihr Sonderwissen in einem bestimmten Gebiet durch die Anzahl und die Reputation ihrer einschlägigen Veröffentlichungen aus.

Ausgehend von der These, dass wissenschaftliches Sonderwissen immer objektiv ist und auch objektiv gemessen werden kann, hat Mohr, der in den 1990er Jahren mit einer Pilotstudie eine Debatte zum Expertendilemma losgetreten hatte, folgendes Verständnis von wissenschaftlichen Experten formuliert: „Die methodische Objektivität impliziert, daß keine außerwissenschaftlichen Kräfte, Meinungen und Wertungen die Grundsätze des wissenschaftlichen Forschens und die Ergebnisse beeinflussen dürfen. Der Wissenschaftler hat sich, solange er forscht und lehrt, von ideologischen und weltanschaulichen (besonders parteipolitischen) Vorgaben gänzlich freizuhalten und sie gegebenenfalls als solche aufzudecken und zurückzuweisen“ (Mohr 1998, S. 7). Dieses Verständnis spiegelt eine empirisch-analytische Wissenschaftstheorie wider, die v. a. in den Geistes- und Sozialwissenschaften immer auch hinterfragt wurde, wie z. B. von Vertretern der Kritischen Theorie und von Feministischen Wissenschaftlerinnen. Sie hatten darauf verwiesen, dass der wissenschaftliche Prozess des Erkenntnisgewinns nicht unabhängig von der forschenden Person stattfinden könne. Der Versuch der objektiven Forschung sei daher grundsätzlich zum Scheitern verurteilt (Adorno 1975; Habermas 1973; Keller 1986; Mies 1994).

Die Tatsache, dass der wissenschaftliche Experte seine Persönlichkeit und gewisse subjektive Aspekte in seine Arbeit einfließen lasse, ist sich Mohr durchaus bewusst, aber v. a. in Abgrenzung zwischen dem politischen System und dem Wissenschaftssystem kommt er nichtsdestotrotz zum Schluss: „Die Rolle des

Experten im politischen System muß eindeutig definiert bleiben“ (Mohr 1998, S. 7). Diese Rolle wurde von Mohr auf mehreren Ebenen wie folgt festgelegt:

- „1. Für die Güte (Verlässlichkeit) des Wissens (primäre Verantwortung).
2. Für die angemessene Umformung von theoretisch-kognitivem Wissen in Verfügungswissen.
3. Für sachgerechte Technikfolgenabschätzung nach wissenschaftlichen Grundsätzen.
4. Für eine vernünftige Technikfolgenbewertung und Politikberatung“ (Mohr 1996, S. 4).

Die Ebenen 2 bis 4 verweisen auf eine explizit gesellschaftliche Rolle wissenschaftlicher Experten und diese sah Mohr einerseits als besonders wichtig an, andererseits sei diese Rolle durch ein falsches Rollenselbstverständnis und Fehlverhalten mancher Experten bedroht.

Für diese Haltung war Mohr vielfach kritisiert worden. Braczyk (1996) formulierte z. B. die These, dass Experten sich automatisch auch an den Erwartungen, die an sie gerichtet sind, orientieren und davon leiten lassen (Braczyk 1996, S. 28). Eine Trennung zwischen reiner wissenschaftlichen Erkenntnis und den vorherrschenden Normen und Ansprüchen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme sei daher nicht aufrecht zu erhalten.

Um diese unterschiedlichen Interpretationen und die aus der Technikfolgenabschätzung entstandene Debatte des Expertendilemmas noch besser einschätzen und verstehen zu können, soll im Folgenden auf den Zusammenhang zwischen wissenschaftlich generierten Kenntnissen im Wissenschaftssystem und ihrer weiteren Verwendung im politischen System näher eingegangen werden.

## 2.4 Expertendilemma

„Mit Expertendilemma (Gutachtendilemma) meint man die Situation, daß zu einem Problem verschiedene Gutachten eingeholt werden, die zu divergierenden, nicht selten zu widersprüchlichen Resultaten kommen“ (Mohr 1997, S. 342). Innerhalb des Wissenschaftssystems stellten widersprüchliche wissenschaftliche Ergebnisse (das sogenannte „Expertendilemma erster Art“ (Mohr 1996, S. 6ff.)) kein Problem dar, da das Wissenschaftssystem (hierbei blickte Mohr v. a. auf die Naturwissenschaften) vielfältige Methoden, Verfahren und Praktiken entwickelt hat, damit umzugehen. Mit Hilfe der Weiterentwicklung experimenteller und theoretischer Methoden wie den Punkt-für-Punkt-Vergleich, überlappende Gutachten, Meta-Analysen oder Konvergenzstrategien (Mohr 1997, S. 342; Bortz

und Döring 2006; Borenstein 2010) sei es inzwischen unproblematisch möglich, Expertendilemmata wissenschaftsintern zu lösen, indem z. B. genau nachgewiesen werden kann, welche unterschiedlichen Prämissen, welche unterschiedlichen Verfahren für widersprüchliche Ergebnisse verantwortlich sind. Denn, so Mohr, in den Naturwissenschaften könne grundsätzlich nur eine objektive Wahrheit und entsprechend ein wissenschaftliches Ergebnis gelten und richtig sein (Mohr 1997, 1998). Ganz anders stelle sich das „Expertendilemma zweiter Art“ (Mohr 1996, S. 11ff.) dar. Dieses betreffe die oben aufgezeigten Ebenen 2 bis 4 und entstehe an der Grenze zwischen Wissenschaft und Politik. So sei insbesondere problematisch, dass zu jedem Gutachten ein Gegengutachten erstellt werden könne und dass Wissenschaft sich häufig in ihren Aussagen nicht auf eine wenn-dann Formulierung und begrenzte Reichweite beschränke, sondern häufig diese Grenze überschreite. Ein Expertendilemma entsteht häufig dann, wenn Wissenschaft politische oder gesellschaftliche Ziele bewertet. Aus der Sicht von Mohr ist dies höchst problematisch und daher abzulehnen. Allenfalls sollte es gestattet sein, Mittel zur Zielerreichung zu bewerten – und auch nur dann, wenn sich die Bewertungskriterien wiederum wissenschaftlich (und nicht etwa politisch oder gesellschaftlich) begründen ließen.

In Mohrs Verständnis dürfe es das Expertendilemma zweiter Art also gar nicht geben und das Dilemma erster Art ließe sich unbemerkt von der Öffentlichkeit innerhalb des Wissenschaftssystems nach seinen eigenen Kriterien und Verfahren unproblematisch lösen. Auf diese Weise könnte eine durch widersprüchliche Expertenmeinungen verunsicherte Öffentlichkeit wieder beruhigt werden und politische Entscheidungsfindungsprozesse wären wieder klar allein auf moralische und ethische Kriterien im Hinblick auf das Gemeinwohl, das gute Leben etc. beschränkt (Mohr 1996). Dieser Standpunkt, dass Wissenschaft, Gesellschaft und Politik so klar voneinander getrennt betrachtet werden können, wird allerdings von einer großen Zahl an Wissenschaftlern nicht geteilt. Die lebhafte Debatte, die sich im Anschluss an Mohrs grundsätzliche Äußerungen über die Rolle wissenschaftlicher Experten in den 1990er Jahren ergaben, zeigt dies deutlich.

Lübbe (1996) widersprach Mohr z. B. mit dem Hinweis auf eine voranschreitende Verwissenschaftlichung der unterschiedlichen Lebenswelten, die dazu führe, dass „...Meinungsdivergenzen zwischen Wissenschaftlern, die sich zu ein und derselben Sache gutachterlich äußern, unvermeidlich ...“ seien (Lübbe 1996, S. 38). Braczyk (1996, S. 27ff.) führte die Kritik noch weiter. Er argumentierte, dass eine wissenschaftliche Erkenntnis, die in der Gesellschaft umgesetzt wird, immer eine soziale Komponente habe, für deren Bewertung den wissenschaftlichen Experten dann jedoch üblicherweise nur die „Alltagssoziologie“ zur Verfügung stünde. Gutachten, die z. B. eine Technik bewerten sollen, müssen

dies immer perspektivisch für einen gesellschaftlichen Kontext, also explizit *außerhalb* eines wissenschaftlichen Experimentes oder Labors tun und „... Aussagen über Aus- und Rückwirkungen einer Technik lassen sich dann längst nicht mehr mit der gleichen Präzision erreichen, wie innerhalb der beweisfähigen Wissenschaft. Ins Spiel kommen hier immer (institutionalisierte) und mehr oder minder zutreffende Vorstellungen und Sichtweisen darüber, wie ‚Gesellschaft‘ oder Teilbereiche der Gesellschaft funktionieren“ (Braczyk 1996, S. 28). Es sei daher keine gerechtfertigte Schlussfolgerung, dass divergierende Expertenurteile aus mangelnder Unabhängigkeit der Experten von politischen Entscheidungsträgern oder Interessensgruppen herrühren müssen. Als Ursache gutachterlicher Widersprüche sah Braczyk (1996) daher v. a. die an die Gutachter gerichteten externen Erwartungen, die sich deutlich von den im Wissenschaftssystem geltenden Erwartungen unterscheiden, weil die Entscheider und Anwender von Expertengutachten aus anderen Kontexten mit ganz „... unterschiedlichen gesellschaftlichen Sinnsystemen bzw. Funktionsbereichen ...“ kommen (Braczyk 1996, S. 28). Grunwald griff diese Problematik in einer späteren Argumentation auf und verwies darauf, dass sich Gutachten explizit von reinen wissenschaftlichen Ergebnissen unterscheiden, da die Erwartungen aus den anderen Funktionssystemen, wie etwa der Politik, aufgegriffen und von den Experten so erfüllt werden, dass Gutachten eben immer auch Bewertungen enthielten (Grunwald 2010, S. 155): „Wissen allein reicht in der Regel nicht, um z. B. zu Aussagen über die Eignung bestimmter Materialien, über die Sicherheit eines Staudammes oder über die Umweltverträglichkeit von Nanopartikeln zu kommen. Stets müssen in Expertenurteilen Wissensbestände und Beurteilungskriterien zusammengeführt werden: die Expertenrolle erschöpft sich nicht darin, Wissen bereitzustellen, sondern beinhaltet auch eine problembezogene *Urteilskraft*“ (Grunwald 2010, S. 155). Ohne sich gegen ein empirisch-analytisches Wissenschaftsverständnis auszusprechen, argumentiert Grunwald in seiner Einschätzung von Expertengutachten, die politische und gesellschaftliche Empfehlungen zu bestimmten Entscheidungen und Handlungen abgeben sollen, in Anlehnung an die kritische Theorie und ihr Infrage stellen des Postulats der Werturteilsfreiheit. Dies sei dann eine Fiktion, wenn die Phase des Erkennens in eine Phase der gesellschaftlichen Bewertung übergehe, denn hier sei eine klare Trennung schlicht nicht möglich (Grunwald 2010, S. 156).

## 2.5 Expertendilemma in der Technikfolgenabschätzung

Die knappe Schilderung des von Mohr skizzierten und von anderen wiederum in Frage gestellten bzw. relativierten Expertendilemmas deutete bereits an mehre-

ren Stellen an, dass das Expertendilemma v.a. bei der Bewertung, insbesondere der Wirkung und des Nutzens, neuer Techniken auftaucht. Nun kommt Expertenurteilen insbesondere bei gesellschaftlich und politisch umstrittenen Techniken und Mutmaßungen über technische Risiken und Folgen eine besondere Bedeutung zu. Denn die gesellschaftliche Akzeptanz einer Technologie und in der Folge auch politische Entscheidungen hängen von der öffentlichen Wahrnehmung und Bewertung von Nutzen und Risiken ab. Die sozialwissenschaftliche und psychologische Risikoforschung konnten zeigen, dass menschliches Verhalten oft von der subjektiven Wahrnehmung der Individuen bestimmt wird und weniger von objektiven Tatsachen und messbaren Risiken (Slovic 1987). Die Folgen einer neuen Technik werden also nicht ausschließlich objektiv bewertet, sondern vielmehr sind Aspekte wie Freiwilligkeit, Kontrollierbarkeit, ausgewogene Verteilung von Nutzen und Risiken sowie Vertrauen in das Risikomanagement entscheidende Einflussgrößen auf die Ausprägung der individuellen Technikwahrnehmung.

Dass neue Technologien dabei ohne ein Minimum an gesellschaftlicher Akzeptanz auf lange Sicht kaum durchsetzungsfähig sind, zeigen prominente Beispiele wie etwa die breite Ablehnung der Kernenergie in Deutschland. In verschiedenen techniksoziologischen Studien wurde nachgewiesen, dass die Akzeptanz und Bewertung von Technologien immer auch vom Typ der Technologie abhängt (Petermann und Scherz 2005). Während z. B. Alltags- und Arbeitstechniken generell breit akzeptiert werden, werden Großtechniken vielfach kritisch bewertet (Renn 2005). Die Bevölkerung fühlt sich Großtechniken oftmals unfreiwillig ausgeliefert und die Kosten-Nutzen-Verteilungen werden oft als ungerecht wahrgenommen. Insbesondere in Zeiten großer technologischer Umbruchsituationen, die auch die deutsche Energiewende darstellt, ist es von großer Relevanz aber auch eine große Herausforderung, den politischen und gesellschaftlichen Diskurs durch objektiv-wissenschaftliche Fakten zu prägen.

Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, um wissenschaftliche Expertisen in politischen und gesellschaftlichen Diskursen aufzunehmen und so die Grundlagen für Technikbewertungen und Entscheidungen zu verbessern. Eine institutionalisierte Form der Experteneinbindung stellt das im Jahre 1990 gegründete Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) dar. Es wurde explizit als eine den Gesetzgebungsprozess begleitende Institution geschaffen. Grunwald, seit 2002 Leiter des TAB, beschreibt die Funktion dieser institutionalisierten Technikfolgenabschätzung als „expertising‘ democracy for ‚democratising‘ expertise“ (Grunwald 2003). Im Prinzip gehe es darum, mittels eines deliberativen Prozesses zwischen der Produktion und der Kommunikation wissenschaftlichen Wissens einerseits und der politischen Entscheidungsfindung auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse andererseits, den Grenzver-

lauf dieser beiden Perspektiven immer wieder aufzuspüren oder zu kreieren (Grunwald 2003, S. 194). Denn grundsätzlich existiere zunächst ein großer Unterschied zwischen normativen und beschreibenden Aspekten, also zwischen Wissen und Werturteilen. In dieser Sichtweise schwingt deutlich mehr Verständnis für die Grenzen wissenschaftlicher Expertise insbesondere in Bezug auf die soziale Dimension, also dem Einsatz einer neuen Technik außerhalb des Wissenschaftssystems, mit. Es ist also bei der Einbindung von Experten wichtig, dass die Beziehung und die Konflikthaftigkeit des Gegensatzes von Wissenschaft und Werturteilen nicht verschwiegen werden darf. Werden widersprüchliche Experteneinschätzungen aber systematisch erfasst und kommuniziert und findet ein Diskurs über die möglichen Gründe für unterschiedliche Expertenmeinungen statt, dann kann durch die Einbindung von Experten ein wichtiger Beitrag geleistet werden, um gesellschaftliche oder politische Entscheidungsfindungsprozesse transparenter und klarer zu machen.

## **2.6 Aktuelle Expertendilemmata**

Die mögliche Bandbreite an Methoden der Experteneinbindung und ihre jeweilige Funktion, angefangen von der Wissensbereitstellung, über die Bewertung, bis zur Vorausschau und Beratung, werden im Hauptteil dieses Buches ausführlich vorgestellt und diskutiert.

Um die Relevanz und Bedeutung dieser Methoden noch einmal deutlich hervorzuheben, widmet sich dieser Abschnitt zum Abschluss beispielhaft drei ganz aktuell drängenden Themen und Fragen, die Politik und Gesellschaft derzeit beschäftigen. Diese sind zum Teil im Kontext der Technikfolgenabschätzung anzusiedeln, gehen aber zum Teil darüber hinaus oder weisen einen anderen Schwerpunkt auf. Diese Themenbereiche, die globale Erwärmung, Energieszenarien und ihre Rolle in der Energiewende, sowie die Speicherung von CO<sub>2</sub>, sollen im Folgenden knapp vorgestellt werden. Der Fokus liegt dabei auf den Fragen, welche Relevanz hier wissenschaftliche Expertise in der gesellschaftlichen Diskussion hat, wo diese zum Teil an ihre Grenzen stößt und welche Expertendilemmata hier exemplarisch beobachtet werden können.

### **2.6.1 Globale Erwärmung**

Eines der bekanntesten Themenfelder, das lange Zeit von einem, auch in Politik und Gesellschaft diskutierten, Expertendilemma geprägt war, ist die globale Erwärmung, auch unter dem Stichwort Klimawandel bekannt. Die Forschungen



und wissenschaftlichen Debatten zum Phänomen der globalen Erwärmung und insbesondere zu deren Ursachen gehen bis in die 1950er, 1960er Jahre zurück.

Mit der Verbesserung von Messinstrumenten und Messmethoden und Simulationsmodellen, herrschte dann ab den 1960er Jahren zunehmend wissenschaftlicher Konsens darüber, dass es das Phänomen der globalen Erwärmung gibt (Weart 2008, S. 205ff.; Houghton 1997, S. 45). Allerdings bestand noch längere Zeit Uneinigkeit unter den Experten über die Ursachen des Klimawandels. Zentral war dabei die Frage, ob der Klimawandel anthropogenen Ursprungs ist und welche Implikationen dies haben würde oder sollte. Mit Entwicklung und Anwendung der Fingerprint-Methode durch das Max-Planck-Institut für Meteorologie wurde dann zwar erstmalig eine 90%ige Wahrscheinlichkeit für die anthropogene Ursache ausgewiesen (Hegerl et al. 1996), doch noch im Jahr 2000 argumentierte z. B. die sonst sehr renommierte Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), dass die Klimaänderungen auf solare Varianz zurückzuführen wäre (Berner und Streif 2000). Inzwischen sind sich zwar die Experten innerhalb des Wissenschaftssystems weitestgehend darüber einig, dass menschliches Handeln ursächlich für die globale Erwärmung verantwortlich ist: „Human activities [...] are modifying the concentration of atmospheric constituents (...) that absorb or scatter radiant energy [...]. [M]ost of the observed warming over the last 50 years is likely to have been due to the increase in greenhouse gas concentrations” (McCarthy et al. 2001, S. 21). Die Klimaforscher selbst betonen den Konsens mit dem Hinweis, dass alle wissenschaftlichen Experten, die in den wichtigen begutachteten Zeitschriften veröffentlichen, dieselbe Meinung teilen (Oreskes 2004, S. 1686). Aber diese Argumentation ist natürlich nur bedingt schlüssig, so ließe sich etwa dagegen sagen, dass es möglicherweise doch auch Schwierigkeiten bei der wissenschaftlichen Konsensfindung gibt, denn möglicherweise Sorge das Reviewverfahren der renommierten Zeitschriften dafür, dass Mehrheitsmeinungen scheinbar zu einem Konsens werden – lange bevor dieser wirklich hergestellt ist.

Die Situation verhält sich noch einmal ganz anders, wenn das Wissen und die Expertise über die naturwissenschaftlichen Zusammenhänge in anderen gesellschaftlichen Subsystemen und Kontexten diskutiert werden. Mitte der 1980er Jahre wurde der geschilderte wissenschaftliche Diskurs zunehmend in einen politischen Diskurs überführt. „Dabei kam es auch zur wissenschaftsinternen Politisierung des Forschungsgegenstands, da die Wissenschaft nun direkt mit politischen Akteuren kommunizierte“ (Weber 2007, S. 62). Zentral in diesem Zusammenhang war die Gründung des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Dieser IPCC, seine Rolle in der Weltklimapolitik und den großen Einfluss, den wissenschaftliche Experten auf seine Gründung und sein politisches Wirken hatten, wurde bereits vielfach wissenschaftlich untersucht und gilt

als Paradebeispiel für den Einfluss von „Epistemic Communities“ (Haas 2003), also von wissenschaftlichen Experten auf die Politik. Im Falle der Klimawissenschaftler war es hier einer Gruppe von Experten gelungen, das Thema auf die politische Agenda zu setzen.

Obwohl innerhalb des IPCC Einigkeit über die Ursachen des Klimawandels besteht, gelingt es einzelnen Experten, sogenannten „Klimaskeptikern“ (Brunnengräber 2013), immer wieder, im öffentlichen Diskurs Gehör zu finden und die Debatte neu zu entfachen – etwa wie im Falle der geschilderten Veröffentlichung der BGR geschehen. Dies ist möglich, da die wissenschaftlichen Arbeiten und Aussagen über die globale Erwärmung grundsätzlich unter großen Unsicherheiten stattfinden. Den IPCC-Szenarien, mit deren Hilfe die möglichen zukünftigen Entwicklungen abgeschätzt werden, liegt eine große Anzahl von Annahmen zugrunde, die immer wieder in Frage gestellt und auch korrigiert werden müssen. Diese Unsicherheiten nutzen Klimaskeptiker um sich Gehör zu verschaffen und auf diese Einzelstimmen verweisen v. a. Firmenvertreter und Politiker jener Branchen, die von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimaschutzes negativ betroffen sind (Oreske 2004, S. 1686). In diesem Zusammenhang darf allerdings auch nicht verschwiegen werden, dass es auch immer wieder Skandale und Aufregungen im Zusammenhang mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Klimawandel gegeben hat. So musste der IPCC etwa vor ein paar Jahren viel Kritik wegen mangelhaftem Umgang mit nicht passenden Ergebnissen einstecken (Der Spiegel 2009). Dieser Skandal war wieder von Skepsis und Verunsicherung gerade bei der Bevölkerung begleitet. Im Zuge solcher Skandale konnten wissenschaftliche Gegengutachten zum eigentlichen Konsens innerhalb der wissenschaftlichen Community relativ leicht lanciert und instrumentalisiert werden, um eigene Interessen durchzusetzen (Brunnengräber 2013, S. 34). Nichtsdestotrotz lässt sich inzwischen die These vertreten, dass der wissenschaftliche Konsens mittlerweile nicht nur den politischen und den öffentlichen Diskurs prägt, sondern auch in der Alltagskommunikation angekommen ist.

### 2.6.2 *Energieszenarien*

Die Bedrohung des globalen Klimas hat den politischen Diskurs, und insbesondere den Diskurs um die zukünftige Energieversorgung geprägt. Denn fossile Brennstoffe und das mit ihrer Verbrennung entweichende Kohlendioxid gelten als eine der Hauptursachen für die globale Erwärmung. Weitere Problemfelder der derzeitigen Energieversorgungsstrukturen sind die Endlichkeit der fossilen Ressourcen, die große Geschwindigkeit mit der die Nachfrage nach Energie in

Methoden der Experten- und Stakeholdereinbindung in  
der sozialwissenschaftlichen Forschung

Niederberger, M.; Wassermann, S. (Hrsg.)

2015, X, 298 S. 19 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01686-9